

Wohnen? Ein Menschenrecht. Für alle!

Der Stadtrat hat heute die Fortschreibung der Unterbringungssatzungen für Asylsuchende und Wohnungslose Menschen in Dresden. Für die Unterbringung von Wohnungslosen wie Asylsuchenden fallen enorme Kosten an. Neben den normalen Miet- und Wohnnebenkosten gibt es gerade in den Asyl-Heim-Standorten einen Wachschatzbedarf.

Ursprünglich sah der Verwaltungsvorschlag vor, Geflüchteten mit eigenem Einkommen 600 Euro in Rechnung zu stellen. **Kerstin Wagner** warf in der Debatte die Frage auf: „Wollen wir, dass jemand, der in einem Dreibettzimmer wohnt und Arbeit hat, einen Großteil seines Einkommens für ein Bett ausgibt? 600 Euro für ein Bett, einen Stuhl, ein paar Fächer in einem Schrank und einen halben oder Drittel Tisch? Im Sozialausschuss waren sich Grüne, SPD, CDU und die LINKE einig: mehr als rund 300 Euro darf die Unterkunft in einem Mehrbettzimmer einer Wohnung nicht kosten.“

Bei einem Punkt wurden wir uns nicht einig: Sollen sich Menschen, die sich das finanziell leisten könnten, überdies selbst eine Wohnung suchen dürfen oder müssen sie in den Heimen wohnen bleiben?“

Der entsprechende Änderungsantrag der LINKEN zur freien Wohnungswahl wurde allerdings abgelehnt – leider auch mit Stimmen von SPD und GRÜNEN.



Zu Beginn der Sitzung fragte **André Schollbach** während der Fragestunde nach dem baulichen Zustand und den vorhandenen Mängeln an den Dresdner Elbebrücken. Baubürgermeister Raoul Schmidt-Lamontain beschrieb den Sanierungsstand der einzelnen Brücken. Bemerkenswert war die Antwort zum Blauen Wunder, wo die schrittweise Sanierung bis 2030 dauern wird, eine Schließung der Brücke wird nicht notwendig sein, sowie zur Augustusbrücke, wo weit größere Schäden aufgetaucht sind als angenommen und man nicht mit Sicherheit sagen könne, ob der Zeitplan eingehalten werden könne.

Nie wieder BRN-Chaos!

"Mehr Transparenz in der Anmeldepraxis für die Bunte Republik Neustadt": Mit diesem von LINKEN und GRÜNEN eingereichten Antrag wird auf das Anmeldechaos im Vorfeld der letzten BRN reagiert und die Anmeldepraxis für das Stadtteilstfest transparenter gestaltet.

Jacqueline Muth, Miteinbringerin des Antrages: "Zukünftig soll der Ortsbeirat Neustadt ein halbes Jahr vor dem Beginn der Bunten Republik Neustadt verbindlich informiert werden, damit sich jede und jeder Interessierte an der öffentlichen Debatte beteiligen kann. Bisher betrug der Zeitraum höchstens wenige Wochen, manchmal sogar nur wenige Tage. Das ist nicht länger tragbar und erschwert die Vorbereitungen zur Bunten Republik Neustadt unnötig."

Der Stadtrat stimmte für den Antrag.